

Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2013**Geschäftsbericht zum doppelten Jahresabschluss 31. Dezember 2012 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen*)**

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) hiermit den „Geschäftsbericht zum doppelten Jahresabschluss 31. Dezember 2012 des Landes und der Stadtgemeinde“ Bremen zur Kenntnisnahme.

Wie im Vorjahr besteht der Geschäftsbericht aus der Vermögens- und Erfolgsrechnung, dem Anhang, dem Lagebericht sowie der Finanzrechnung, die sämtlich unter weitgehender Berücksichtigung der durch das Haushaltsgrundsätzegesetz vorgegebenen Standards staatlicher Doppik erstellt wurden.

Der doppelte Jahresabschluss liefert neben dem kameralen Rechnungswesen ergänzende Steuerungsinformationen, indem er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus betriebswirtschaftlicher Sicht vermittelt. Er gibt Aufschlüsse über die vorhandenen Vermögenswerte, die eingegangenen Verpflichtungen sowie den Ressourcenverbrauch und leistet damit erneut einen Beitrag zu einer größeren Transparenz über die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik des Landes und der Stadtgemeinde Bremen.

Der doppelte Jahresabschluss weist einen Jahresfehlbetrag von rd. 797 Mio. € aus. Im Ergebnis verdeutlicht auch die doppelte Sichtweise einmal mehr, dass sich Bremen weiterhin in einer finanziellen Notlage befindet, sodass sich im Geschäftsjahr 2012 trotz enormer Sparanstrengungen und der erhaltenen Konsolidierungshilfen der nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag gegenüber 2011 weiter auf rund 16 456 Mio. € erhöht hat.

Im Geschäftsbericht zum doppelten Jahresabschluss 31. Dezember 2012 des Landes und der Stadtgemeinde wurden bereits wesentliche Prüfpunkte der Rechnungshofberichte 2010 und 2013 berücksichtigt. Hierzu wurden die Geschäftsvorfälle rund um das Darlehensmanagement in einem aufwendigen Projekt bei der Senatorin für Finanzen eingehend untersucht. Diese Untersuchung ergab, dass eine Neumodellierung der Geschäftsprozesse im Darlehensmanagement im Hinblick auf eine sachgerechte Überleitung des Buchungssstoffes vom kameralen in das doppelte Rechnungswesen notwendig war, um die Vorgaben der Standards der staatlichen Doppik zu erfüllen. Darüber hinaus wurden für das Berichtsjahr 2012 die in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Wertansätze der bremischen Beteiligungen entsprechend der Vorgaben in den Standards staatlicher Doppik umfassend hinsichtlich ihrer Werthaltigkeit überprüft. Sofern diese Überprüfung ergab, dass die Wertminderungen voraussichtlich dauerhaft sind, wurden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Zur Überprüfung der Wertansätze des beweglichen Anlagevermögens wurde eine flächendeckende Inventur durchgeführt.

Die Senatorin für Finanzen hält weiter an dem Ziel eines konsolidierten doppelten Jahresabschlusses fest. Für 2014 sind neben der Erstellung eines Konzeptes zur Konsolidierung der doppelten Jahresabschlüsse des Kernhaushaltes mit den ausgegliederten Einheiten weitere Modernisierungsmaßnahmen des Haushalts- und Rechnungswesens vorgesehen. Zunächst ist die Einführung der sogenannten E-Bilanz

*) Der Geschäftsbericht zum doppelten Jahresabschluss 31. Dezember 2012 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen wurde den Abgeordneten des Landtags zugeleitet und kann in der Bürgerschaftskanzlei – Bibliothek – eingesehen werden.

(elektronische Übertragung der Daten des Jahresabschlusses an die Steuerverwaltung) für die im SAP-System buchenden ausgegliederten Einheiten sowie die Betriebe gewerblicher Art vorzunehmen. Die Zentrale Zuwendungsdatenbank (Fachanwendung) ZEBRA wird Anfang 2014 produktiv gesetzt und soll im ersten Quartal 2014 an das SAP-System angebunden werden. Damit soll die Datenqualität bei der Ermittlung der Zuweisungen und Zuschüsse im Rahmen der Erstellung des doppischen Jahresabschlusses wesentlich verbessert werden.

Ziel der Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens ist es, zukünftig auch die Informationen der einzelnen Komponenten des Rechnungswesens in das Gesamtsteuerungskonzept mit einzubeziehen.

Über den Stand der Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens soll weiterhin jährlich berichtet werden.